

Kritiker fürchten eine „Nullnummer“ bei Steuereinnahmen, aber viel Lärm und Verkehr

Die Folgen des interkommunalen Industriegebiets bleiben umstritten – Franz Manz warnt vor Abwanderung von Familienunternehmen wie Handtmann



Die IGI-Gegner sagten ihre Meinung auch mit Plakaten.

Foto: Markus Dreher

In der dreistündigen Bürgerversammlung sind viele Argumente pro und contra interkommunales Industriegebiet (IGI) im Ristal gefallen. Dass der Verkehr zunehmen wird, wie viele IGI-Gegner fürchten, stellt der Warthauer Bürgermeister Wolfgang Jautz nicht in Abrede. „Ich teile diese Bedenken, aber wir tun etwas.“ Die Gemeinde setze sich für den Aufstieg zur B 30 und die Nordumfahrung Warthausen ein, aber auch dagegen gebe es Proteste. Anders als viele Skeptiker hält Jautz es für wahrscheinlich, dass mit der Elektrifizierung der Südbahn ein Bahnhalt komme. Und er verwies auf die Pläne für die Regio-S-Bahn.

Annika Maier und Gisela Eggensberger, beide aus Herrlishöfen, wiesen auf den Verlust eines Biotops und „einzigartigen Naherholungsgebiets vor den Toren der Stadt Biberach“ hin. Sie fordern ein unabhängiges Umweltgutachten. Eine intakte Umwelt gehöre zum Wohlstand. Jautz sagte: „Arbeit ist auch Heimat. Leute kommen nach Biberach, weil sie woanders keine finden.“

Philipp Eggensberger aus Herrlishöfen bemängelte, das Gutachten von Lars Consult widme dem Hochwasserschutz lediglich fünf Zeilen. Bis heute habe er nicht verstanden, warum ein Industriegebiet wenige Hundert Meter an die Wohnbebauung heranrücke. Die Karl-Arnold-Straße sei dort „an keiner Stelle erwähnt“, kritisierte er. Auch andere fürchten erheblichen Lärm im Drei-Schicht-Betrieb.

Qualität der Böden umstritten

Dass das Büro die verloren gehenden landwirtschaftlichen Böden als „mittelwertig“ einstuft, quittierte er mit dem Satz: „Da machen sich die Landwirte im Rißtal in die Hosen“, so lächerlich sei dies. Alfred Schlanser aus Barabain sagte, die Gutachter arbeiteten „am Reißbrett“. Jautz erwiderte, man müsse ein Grundvertrauen in die Fachleute haben, zudem werde im weiteren Verfahren alles konkretisiert und von mehreren Instanzen geprüft. Jautz wies die Behauptung zurück, die Räte hätten die Studie nicht erhalten. Ein Gutachter sei in einer Klausurtagung des Rats gewesen.

Franz Lenk aus Oberhöfen forderte, den Ausgang des laufenden Zielabweichungsverfahrens abzuwarten, bevor über den Flächennutzungsplan entschieden wird: „Hier wird der zweite Schritt vor dem ersten gemacht.“ Seiner Aussage nach ist eine Abweichung von den Zielen des Landesentwicklungsplans nur zulässig, „wenn es eine unzumutbare Härte wäre, wenn es so bleibt, wie es ist“ – und die Beweislast liege beim Antragsteller. In gleicher Stoßrichtung sagte Vera Schloßbauer aus Oberhöfen, in der Region gebe es „mehr Arbeitsplätze, als wir besetzen können“. Erich Clauß aus Herrlishöfen befürchtet in einigen Jahren sogar einen Fachkräftemangel. Mehrere IGI-Gegner erklärten weiteren Zuzug für problematisch, wo es doch schon heute an Wohnungen und Kitaplätzen mangle. Jautz prophezeite dagegen in einigen Jahren „leere Kitas, wenn keine neuen Leute kommen“.

Die IGI-Gegner sehen eine ungleiche Lastenverteilung. Die Einnahmen würden geteilt, „aber die Lärmbelastung tragen nur wir Höfener“, sagte Melanie Herzog aus Herrlishöfen. Klaus Schneider aus Oberhöfen sagte unter lautem Beifall mit Verweis auf Tierkörperbeseitigung und Kläranlage: „Dreck und Lärm aus Biberach werden immer weiter ins Rißtal verlagert. Damit muss Schluss sein.“ Dagegen seien die Gewerbesteuereinnahmen höchst ungewiss, flössen zum Großteil in Umlagetöpfe und der Rest werde durch vier geteilt. „Es könnte eine Nullnummer werden“, fürchtet Eva Gaum. Die Kritiker wittern obendrein unbezifferte Folgekosten, etwa für Hochwasserschutz, eine erneute Kläranlagenerweiterung oder kommunale Finanzierungsbeiträge bei Verkehrsprojekten. Das Thema Hochwasserschutz vertiefte Clauß, bis ein Zuhörer um einen Themenwechsel bat. Auch die existierenden Wasserschutzzonen sprachen die Kritiker an. Von Verwaltungsseite war am Rand zu erfahren, dem werde durch Abstände und durch Auflagen für die Art der Betriebe Rechnung getragen. Das gelte schon heute für die Landwirtschaft.

Die mehrfach geäußerte Frage, wo das Wachstum enden solle, variierte Christa Haller: Man könne nicht immer mehr ins enge Rißtal packen, in Riedlingen und im Saarland gebe es Platz und Jobsuchende. Jautz sagte, er wolle kein unendliches Wachstum, aber eine Weiterentwicklung. Der Unternehmer Franz Manz aus Herrlishöfen sagte, er sei „zwiegespalten“ und habe keine so rechte Vorstellung, wie sein geliebtes Rißtal aussehen werde. Er konterte die Frage der IGI-Kritiker, was wir nachfolgenden Generationen hinterlassen: Diese Frage hätten sich vor 50 oder 100 Jahren auch jene gestellt, die Unternehmensansiedlungen in Biberach zugestimmt hätten. „Deren Kinder und Enkel sind wir“, sagte Manz. Den großen Firmen verdanke die Region ihren Wohlstand, ihnen müsse man die Erweiterung ermöglichen: „Man muss vergrößern. Stillstand ist Rückschritt, da andere nicht still stehen.“ Er als Höfener wolle seinen Betrieb hier halten und so gehe es dem Familienunternehmen Handtmann („keine AG“) vermutlich auch.